

neues-deutschland.de / 21.09.2015

SPD fordert weniger Geld für unsolidarische EU-Länder

Partei stellt 10-Punkte-Plan vor / Zuweisung von EU-Strukturfondsmitteln an Aufnahme von Asylsuchenden koppeln / LINKE kündigt Protest gegen Orban Besuch auf CSU-Tagung an

Die SPD will den Druck auf unsolidarische EU-Staaten erhöhen. Wer nicht bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise helfen wolle, soll künftig auch weniger EU-Gelder bekommen.



Foto: dpa/Georg Hochmuth

Update 15.20 Uhr: EU-Minister wollen offenbar Quotenregelung deutlich abschwächen

Angesichts wachsender Spannungen zwischen ihren Mitgliedstaaten startet die EU einen neuen Versuch, eine gemeinsame Haltung in der Flüchtlingsfrage zu finden. Den Auftakt machte am Montag ein Treffen von sechs osteuropäischen Außenministern mit ihrem luxemburgischen Kollegen und amtierenden EU-Ratspräsidenten Jean Asselborn. Die meisten osteuropäischen Staaten lehnen verbindliche Flüchtlingsquoten ab. Polen erklärte sich unter Bedingungen jedoch bereit, freiwillig mehr Flüchtlinge aufzunehmen.

Lage, freiwillig mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als es die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Quoten vorsehen», schrieb Außenminister Grzegorz Schetyna in einem Beitrag für die Zeitung «Gazeta Wyborcza». Allerdings müssten die EU und ihre Mitglieder dafür ihre Asyl- und Einwanderungspolitik reformieren.

Der Minister forderte, Europa müsse seine Grenzen «dicht» machen und Aufnahmezentren schaffen, in denen Flüchtlinge registriert und überprüft und von «Wirtschaftsmigranten getrennt» werden könnten. Zudem müsse sich die EU für mehr Stabilität in den Herkunftsländern der Flüchtlinge einsetzen. Die Einführung verbindlicher Quoten zur

Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Länder, wie von der EU-Kommission gefordert, sei keine Lösung, schrieb Schetyna.

Am Mittwoch ist ein Krisengipfel der EU zur Flüchtlingsfrage geplant, zur Vorbereitung tagen am Dienstag erneut die Innenminister. Wie aus dem Umfeld der luxemburgischen Präsidentschaft verlautete, erwägen die Minister inzwischen eine abgeschwächte Version des ursprünglichen Vorschlags der EU-Kommission zur Umverteilung von Flüchtlingen in der EU. Unter anderem könnte die Forderung nach verbindlichen Quoten zur Verteilung von 120.000 Flüchtlingen fallengelassen werden, hieß es am Montag.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) warnte vor Uneinigkeit beim EU-Gipfel. Es müsse eine Vereinbarung gefunden werden, damit die Meinungsverschiedenheiten und Konfliktlinien nicht noch verschärft würden. Schulz sprach sich für mehr Hilfen für die Nachbarstaaten des Bürgerkriegslandes Syrien aus. Es müsse verhindert werden, dass Menschen in ihrer Hoffnungslosigkeit die dortigen Flüchtlingslager verließen und sich auf den Weg nach Europa machten.

Update 14.10 Uhr: LINKE kündigt Protest gegen Orban Besuch in Bayern an

Am Mittwoch lädt die CSU-Landtagsfraktion zu ihrer jährlichen Herbstklausur ins Kloster Banz nördlich von Nürnberg ein. Zu den Gästen der unter anderem wegen seiner Asylpolitik heftig umstrittene ungarische Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Der bayerische Landesverband der LINKEN ruft deshalb zu einer Kundgebung gegen den fragwürdigen Besuch auf: „Für uns ist dies ein furchtbares Signal. Orbán sieht Flüchtlinge nur als eine Bedrohung an, vor der man sich schützen müsse«, erklärt die Bundestagsabgeordnete und Landessprecherin Eva Bulling-Schröter. Orbán symbolisiere alles, was die LINKE an der europäischen Flüchtlingspolitik kritisiere.

Update 14.00 Uhr: Ungarns Regierung profitiert in Umfrage von harter Asylpolitik

Die ungarische Regierungspartei Fidesz profitiert einer Umfrage zufolge von der harten Flüchtlingspolitik des rechtskonservativen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Wären am nächsten Sonntag Wahlen, würde Fidesz 41 Prozent der Stimmen erhalten, ergab eine Erhebung des Budapester Meinungsforschungsinstituts Ipsos, deren Ergebnisse am Montag veröffentlicht wurden. Im letzten Juni war die Regierungspartei auf nur 38 Prozent gekommen.

Die rechtsextreme Jobbik-Partei würde demnach derzeit 26 Prozent der Stimmen (Juni: 28 Prozent) auf sich vereinen, die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) 17 Prozent (Juni: 15 Prozent).

In absoluten Zahlen steigerte Fidesz die Zahl seiner Wähler von 1,6 Millionen auf nunmehr 1,9 Millionen. Ipsos zufolge gelang es der Regierungspartei vor allem, bislang unentschlossene Wähler anzusprechen. Deren Anteil ging von 44 Prozent im Juni auf nunmehr 38 Prozent zurück.

Die Behörden in Ungarn haben ihr Vorgehen gegen Flüchtlinge massiv verschärft. An der Grenze zu Serbien ließ Orbán einen Zaun errichten, der nun an der Grenze zu Kroatien weitergebaut wird. Im Sommer hatten in den mit Flüchtlingen überfüllten Budapester Bahnhöfen und Parks teilweise chaotische Zustände geherrscht. Die von Orbán kontrollierten Medien stellten die Flüchtlinge, die lediglich durch Ungarn durchzogen, als »fremde Invasoren« dar.

SPD fordert weniger Geld für unsolidarische EU-Länder

Berlin. Die SPD will EU-Mitgliedstaaten, die sich in der Flüchtlingskrise unsolidarisch zeigen, abstrafen. Mit Blick auf den EU-Sondergipfel betonte die SPD am Montag, die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen sollten künftig bei der Zuweisung von EU-Strukturfondsmitteln anerkannt werden. »Damit geben wir ein Signal, dass die Europäische Union die Übernahme von Verantwortung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise honoriert«, heißt es in einem von der SPD-Parteispitze abgesegneten 10-Punkte-Plan, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.

SPD-Chef Sigmar Gabriel und auch Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hatten EU-Ländern angedroht, dass sie weniger Geld aus EU-Töpfen bekommen könnten, wenn sie keine Solidarität zeigten. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich das ausdrücklich nicht zu eigen gemacht.

Zudem sollte die EU nach SPD-Vorstellungen ihre Mittel für die UN-Flüchtlingshilfe um mindestens 1,5 Milliarden Euro aufstocken. Auch die USA, die Golfstaaten und andere Industrieländer sollten jeweils mindestens 1,5 Milliarden Euro einzahlen.

Die SPD geht mit einem weitreichenden Forderungskatalog in das Spitzentreffen von Bund und Ländern am Donnerstag. Sie fordert deutlich mehr Geld für Länder und Kommunen. Die vom Bund vorgeschlagene Summe von drei Milliarden Euro zur Entlastung für 2016 »wird angesichts der aktuellen Flüchtlingszahlen sicher nicht ausreichen«, heißt es in dem 10-Punkte-Plan, den Generalsekretärin Yasmin Fahimi federführend erarbeitete.

Die SPD will nun bei dem Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt eine Pauschale für die Versorgung der Flüchtlinge durchsetzen. Die Kosten dürften »nicht abstrakt und einmalig festgelegt werden, sondern müssen dynamisch an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst werden«. Auch müsse es eine Gesundheitskarte geben.

Um den Stau an über 250 000 Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abzubauen, sollten dort befristet Entscheider eingestellt werden. Deren Einarbeitung müsse verkürzt werden, damit das Amt rasch entlastet werde.

Die von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) angebotenen 40 000 Erstaufnahme-Plätze unter der Regie des Bundes seien »ein Schritt in die richtige Richtung, reichen aber bei weitem nicht aus«, heißt es weiter in dem Beschluss. Im sozialen Wohnungsbau sollten in den nächsten Jahren 350 000 neue Wohnungen entstehen.

Beim Asylrecht will die SPD wie die Union dafür sorgen, dass abgelehnte Flüchtlinge Deutschland per Abschiebung verlassen, »damit die Hilfe auf die wirklich Schutzbedürftigen konzentriert werden kann«. Wer einen Abschiebebescheid erhalten hat, soll nur noch Leistungen auf dem Niveau des Existenzminimums erhalten. »Wir wollen klar machen: In diesen Fällen muss die Ausreise rasch erfolgen.« dpa/nd

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/985218.spd-fordert-weniger-geld-fuer-unsolidarische-eu-laender.html>